



# Rundbrief Aktuell

Informationen aus Berlin und dem Wahlkreis

Ausgabe 17-45/10.11.2017

## Zur aktuellen politischen Lage in Berlin

Berlin – 06.11.2017

Anfang der Woche tagte die neu zusammengesetzte CDU/CSU-Bundestagsfraktion, um über den aktuellen Stand zu den Sondierungsgesprächen zwischen CDU, CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen beraten zu können. Die Informationen aus erster Hand zu bekommen und an entscheidenden Stellen im Rahmen meiner Ausschusstätigkeit oder meiner Wahlkreisarbeit dabei mitzuwirken ist für mich aktuell eine Aufgabenstellung, der ich gewissenhaft nachgehe.

An dieser Stelle möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass manche Berichterstattungen, die medial verlautbart werden, anders zu bewerten sind, wenn das große Gesamtbild wie in unserer Fraktion betrachtet wird.

Vor dem Hintergrund der Klimakonferenz in Bonn passt es recht gut ins Bild, dass sich die Sondierungspartner mit der Frage des Klimawandels und der weiteren Klimapolitik auseinandergesetzt haben. Bei aller Notwendigkeit zu greifbaren Verbesserungen, dürfen wir nie aus dem Auge verlieren, dass ohne eine stabile Wirtschaft der Fortschritt im Schadstoffausstoß nicht erreichbar ist.

Diese Position wird fachkundig und energisch vom Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten von NRW Armin Laschet vertreten, der offen-

bar durch seine sachgeleitete Verhandlungsführung bei den Grünen zu dem erforderlichen Nachdenken über angepassten Reaktionen geführt hat. NRW wird darüber hinaus auch durch unseren Bundesgesundheitsminister vertreten, so dass sichergestellt ist, dass das größte Bundesland mit einer starken, aber auch energieabhängigen Wirtschaft direkt in die Verhandlung eingreifen kann. Andererseits ist durchaus ernst zu nehmen und fast schon bemerkenswert, dass sich auch eine Vereinigung von fast 50 Großunternehmen für die Förderung des Klimaschutzes ausgesprochen hat.

Entscheidend ist der Umstand, dass eine gesamtgesellschaftliche Diskussion in Gang gekommen ist, die notwendigerweise die eingetretenen Pfade verlassen muss, wodurch aber die Erneuerung auch in Gang kommt.

Wenig hilfreich sind aber die erneuten Bemühungen der Presse durch Umfrage nach der Akzeptanz von Jamaika oder dem Ausgang von Neuwahlen psychologischen Druck aufzubauen. 2013 wurde der Koalitionsvertrag erst am 16. Dezember unterzeichnet und die SPD führte auch eine Mitgliederbefragung durch. Damals war die GroKo auch schon dreimal totgesagt. Jedem real denkenden Menschen muss doch klar sein, dass viele Parteien schwerer zu einen sind, als wenige, die auch noch näher beieinander gelegen hatten. Und glauben wir denn wirklich, dass der Wähler sich durch eine gescheiterte Einigung dazu bewegen ließe, einer dieser Parteien das alleinige Vertrauen auszusprechen. Wohl kaum!

## 9. November – Ein historisches Datum für unser Land

Berlin – 09.11.2017

Für uns Deutsche ist und bleibt der 9. November mit drei Jahreszahlen unzertrennlich verbunden und mahnt damit historische Wendepunkte unserer Geschichte im 20. Jahrhundert an, die uns stets daran erinnern sollen, für unsere Werte basierend auf Einigkeit und Recht und Freiheit auch gegenwärtig einzustehen.

Mit dem Ausruf der Republik 1918, der Reichsprogromnacht 1938 und dem Mauerfall wurde der 9. November zum historischsten Tag, der die Spannweite zwischen Freud und Leid unserer Nation einzigartig vor Augen führt. Dieses Datum steht sinnbildlich für einen Freiheitsprozess, der heutzutage leider teilweise in Vergessenheit zu geraten scheint. Es ist unserer aller Aufgabe, sich für die Eckpfeiler unserer Demokratie einzusetzen. Insbesondere in unserem Land haben wir erfahren müssen, dass unsere Demokratie niemals als Selbstverständlichkeit und immer gültig angesehen werden darf, sondern wir, jeder einzelne von uns, jeden Tag dafür hart arbeiten muss. Werben Sie bitte auch weiterhin in ihrem eigenen persönlichen Umfeld, damit nachfolgenden Generationen nicht die Gräueltaten erleiden müssen, die unsere älteren Mitmenschen noch hautnah erfahren haben. Als Christdemokrat fühle ich mich diesem Werben besonders verpflichtet.

## Europaaktive Kommunen

Düsseldorf – 09.11.2017



Stephan Holthoff-Pförtner, als Vertreter des Ministerpräsidenten Armin Laschet, zeichnete am Donnerstag Städte als „Europaaktive Kommunen in NRW“ aus. Damit würdigte die Landesregierung das besondere Engagement zur Förderung der europäischen Idee. Gemeinsam mit zahlreichen Bundestagskollegen habe ich diesem Festakt beiwohnen können.

Die ausgezeichneten Städte leben sprichwörtlich den europäischen Gedanken. Neben Städtepartnerschaften und Kooperationen werden auch gemeinsame wirtschaftliche, soziale oder kulturelle Projekte in Angriff genommen. Städte aus dem Rhein-Erft-Kreis gehörten in diesem Jahr leider nicht zu den Preisträgern, wenngleich auch bei uns viele Aktionen und Aktivitäten angeboten werden. Gerne nehme ich aber die Ideen der diesjährig prämierten Kommunen auf, um in den sieben Städten meines Wahlkreises ähnliche Initiativen anzuregen. Darüber hinaus diente die Veranstaltung auch für Vorträge und Diskussionen zur aktuellen Situation der Europäischen Union. Gegenwärtige Autonomiebestrebungen, wie beispielsweise jüngst in Großbritannien auf den Weg gebracht, sowie nun auch in Katalonien forciert, waren bis vor wenigen Jahren noch undenkbar. Umso wichtiger ist auch der Beitrag der Kommunen im Werben für Europa. [www.mbei.nrw](http://www.mbei.nrw)

## Zu Gast beim Herbst-Empfang der IFU

Frechen – 09.11.2017

Zu ihrer Herbst-Veranstaltung lud die Interessenvereinigung Freche-ner Unternehmen e.V. (IFU) diese Woche zum Thema „Herausforderungen und Chancen für den Mittelstand“ in das St.-Katharinen-Hospital ein. Neben vielen informativen Anstößen des Geschäftsführers Schall und Chefarzten zur hochwertigen medizinischen Versorgung in und für unsere Region, konnte als Ehrengast und Gastredner der langjährige Vorstandsvorsitzende der Kreissparkasse Köln, Alexander Wüerst, für einen Vortrag gewonnen werden. In seinen Ausführungen gab er Einblicke in die gegenwärtige wirtschaftliche Lage im Rheinland und erläuterte zudem die notwendigen Weichenstellungen für Unternehmen und Politik, um zukunftsfähig, innovativ und damit erfolgreich zu bleiben. Einmal mehr wies auch Alexander Wüerst die volkswirtschaftliche Ausgangssituation in Deutschland als ausgezeichnet aus. In den Risiken führte er die größten Bedenken der Unternehmer auf, die insbesondere in der Sorge einer Fremdeinwirkung durch Cyberattacken die das betriebseigene System zum Erliegen bringen könnten.

Mich freut es, dass die IFU mit ihrer Herbstveranstaltung gleich zwei Themen in den Vordergrund gerückt hat, die ich zum einen als Mitglied im Gesundheitsausschusses sowie auch als Bezirksvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU im Mittelrhein kontinuierlich bearbeite. Die neuen medizinischen und wirtschaftlichen vorgetragenen Impulse werde ich in meiner politischen Arbeit an geeigneter Stelle in den entscheidenden Gremien einbringen.

## Podiumsdiskussion zu Europas Zukunft in der Europaschule Kerpen

Kerpen – 10.11.2017



Gerne bin ich der Einladung der Europaschule Kerpen gefolgt, an der Podiumsdiskussion zum Thema „Europas Zukunft“ teilzunehmen. Mit politischen Vertretern aus den unterschiedlichsten Parlamenten konnten wir den Schülerinnen und Schülern einen Einblick in die aktuellen Diskussionen rund um unseren Kontinent geben und für das große Projekt der Europäischen Union werben. Auch wenn sich Meinungen und Wege unterschieden, so bekannten sich alle Gesprächspartner zur Gestaltung eines starken und geeinten Europa. Uns wird es zukünftig in Deutschland auch nur gut gehen, wenn es Europa gut geht. Die Geschichte hat uns bereits gelehrt, dass jede andere auf Nationalstaaten basierende Konstruktion fehlgeschlagen ist. Vor allem in Zeiten der Globalisierung und Digitalisierung werden wir zukünftig im weltweiten Austausch nur dann eine Rolle spielen, wenn eine einheitliche europäische Stimme zu vernehmen ist. Die aktuellen Sondierungsgespräche in Berlin zeigen, dass alle vier Partner dieser zukünftigen Koalition das Ziel verfolgen die EU handlungsfähiger zu machen. Als Motor hat die CDU in der Vergangenheit und wird Sie auch in Zukunft dafür werben, dass unsere Bundesrepublik der Stabilitätsanker der Europäischen Union bleibt.